

## Bekanntnis zur Dieseltechnologie

Antrag	<b>A</b>	Antragsteller: <b>Volker Mayer-Lay</b>
Betreff:		
<p><b>Der Kreisparteitag möge beschließen:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. Die CDU im Bodenseekreis steht zur deutschen Dieseltechnik. Fahrverbote in deutschen Städten sind grundsätzlich nicht akzeptabel.</b></li> <li><b>2. Die von Stickoxid-Grenzwertüberschreitungen betroffenen Kommunen sind von der Bundes- und jeweiligen Landesregierung anzuhalten, gemäß dem Urteil des BVerwG vom 27.02.2018 sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, einen Eingriff in den Individualverkehr zu verhindern. Die diesbezüglichen Bemühungen sind durch die Bundesregierung zu überwachen.</b></li> <li><b>3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, erneut die Sinnhaftigkeit der vorliegenden Stickstoffgrenzwerte zu überprüfen und ggf. darauf hinzuwirken, die Grenzwerte hochzusetzen.</b></li> <li><b>4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zu überprüfen und dafür Sorge zu tragen, dass die Abstandsvorschriften bei Schadstoffmessstellen eingehalten werden.</b></li> </ol>		
Begründung:	<p>Bevor der einzelne Bürger, der sich zum Kauf eines Diesel-Fahrzeugs entschieden hat, oder auf ihren Dieselfuhrpark angewiesene Unternehmen in ihren Eigentumsrechten durch ein Fahrverbot eingeschränkt werden, müssen die betreffenden Kommunen alle möglichen Maßnahmen selbst ergreifen, die die Einhaltung der Grenzwerte befördern und eine Einschränkung des Individualverkehrs verhindern können. Nicht anders ist bei korrekter Würdigung auch das Urteil des BVerwG vom 27.02.2018 zu verstehen. Bevor nicht der eigene ÖPNV und kommunale Fuhrparke auf stickoxidarme Fahrzeuge umgestellt worden und sämtliche anderen möglichen Maßnahmen ausgeschöpft sind, ist ein Eingriff in die Mobilität einzelner Bürger nicht im Ansatz vermittelbar, darüber hinaus rechtswidrig.</p> <p>Die deutsche Diesellindustrie soll auch in Zukunft ihre Führungsposition in Forschung und Entwicklung beibehalten. Die Bemühungen des „Deutsche Umwelthilfe e.V.“ aus rein ideologischen Gründen und dessen Sponsoren aus der asiatischen Automobilindustrie, den CO<sub>2</sub>-armen deutschen Diesel vom Markt zu verdrängen, muss Einhalt geboten werden. Die Politik hat sich weiterhin zur deutschen Dieseltechnik zu bekennen.</p> <p>Auch die vorherrschenden Stickoxid-Grenzwerte sind nicht überzeugend. Nicht nur sind am Arbeitsplatz erheblich höhere Stickstoffbelastungen erlaubt, als auf Straßen, was schon rein denklogisch nicht überzeugend ist. Auch wurden Expertenseits bereits deutliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der vorliegenden Grenzwerte geäußert. Eine Gesundheitsschädlichkeit der Stickoxide ist laut Forschern erst im zweitausendfachen Bereich der Straßengrenzwerte zu erwarten. Sollte sich dies bestätigen, sind die Grenzwerte hochzusetzen.</p> <p>Hinzu kommt, dass Schadstoffmessstellen zum Teil nicht die vorgegebenen Abstände zu Kreuzungen usw. einhalten, was erhöhte Messergebnisse zur Folge hat.</p>	

Empfehlung der Antragskommission:

- |                                    |  |
|------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Annahme   | <input type="checkbox"/> in geänderter Fassung |
| <input type="checkbox"/> erledigt  | <input type="checkbox"/> Verweis               |
| <input type="checkbox"/> Ablehnung |  |